

# Gewalt- und Sexualdelikte in München explodieren

4.510 Fälle von Gewaltkriminalität und 1.892 Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, so lautet die traurige Bilanz der Münchner Polizei für das Jahr 2022. Die im Sicherheitsreport des Polizeipräsidiums Münchens und dem dazugehörigen Datensatz dokumentiert Zahlen (Online unter: [www.polizei.bayern.de](http://www.polizei.bayern.de)) lassen aufhorchen. Fast ein Drittel mehr Gewalttaten verzeichnet der Report binnen eines Jahres – Fälle von einfacher Körperverletzung noch gar nicht berücksichtigt. Hinzu kommt eine regelrechte Explosion bei sexuellen Übergriffen um über 45 Prozent im Vergleich zu 2019, dem letzten Jahr ohne Einfluss der Corona-Maßnahmen.

Während die Stadtregierung in Ihrer Antwort auf eine schriftliche Anfrage von Stadtrat Markus Walbrunn aus dem Jahr 2021 München zur sichersten Stadt Europas erklärte, leidet das Sicherheitsempfinden der Bürger seit Jahren erheblich. So fühlt sich laut einer Umfrage des Bundesinnenministeriums nur noch ein Drittel aller Frauen nachts ohne Begleitung im öffentlichen Nahverkehr sicher vor Übergriffen. Viele Bürger passen sich an, meiden Straßen, Plätze und Viertel zu bestimmten Tageszeiten.

Auffällig ist der hohe Ausländeranteil unter den Tatverdächtigen. Nicht einmal jeder dritte Münch-

ner (29 Prozent) ist ausländischer Staatsbürger, dennoch stellte dieses Personenfeld im vergangenen Jahr jeden zweiten Tatverdächtigen bei Gewalttaten (53,6 Prozent) und Vergewaltigungen (55,6 Prozent) sowie mehr als zwei Drittel aller Mörder (64 Prozent).

Besonders nachdenklich stimmt die hohe kriminelle Energie einiger Asylsuchender, die in den vergangenen Jahren nach Deutschland kamen. Bei einem Bevölkerungsanteil von lediglich etwa 2,5 Prozent entfielen auf die im Report als „Zuwanderer“ geführte Gruppe 2022 rund 16,4 Prozent aller Fälle von Gewaltkriminalität. Sie sind statistisch somit unter den Tatverdächtigen um mehr als das sechsfache überrepräsentiert.

Für den Münchner Stadtrat Markus Walbrunn sind Rückführungen deshalb das Gebot der Stunde: „Wer sein Gastrecht missbraucht um hierzulande Straftaten zu begehen, hat keinen Platz in unserer Mitte und verdient keine Nachsicht.“ In der Praxis geschehe dies jedoch kaum. Es sei vielmehr der blanke Hohn, wenn Vertreter der Landeshauptstadt behaupten würden, dass man Abschiebungen konsequent durchsetze. Die Anwesenheit von rund 300.000 vollziehbar ausreisepflichtige Migranten in Deutschland spreche klar eine andere Sprache, so Walbrunn.



Stadtrat Walbrunn berichtet über Kriminalitätstwicklung in München.

## Der Faktor Migration

Ausländeranteil unter den Tatverdächtigen (TV) ist sehr hoch  
 Ausländeranteil Bevölkerung: 14,1 % Bayern / 28,5 % Münch  
 Anteil ausländischer TV 2022: 36,5 % Bayern (94.000)  
 / ca. 48+ % München (ca. 20.000)  
 Tatverdächtige Zuwanderer : 26.588 Bayern/ 3.864 München

# Flüchtlingsunterkünfte

Noch vor wenigen Wochen berichteten die Nachrichten bundesweit von Widerständen gegen die Unterbringung von Flüchtlingen: Gemeinden und Landräte klagten über zu wenig freie Kapazitäten, mancherorts häuften sich Straftaten, die durch Flüchtlinge begangen wurden, in der Bevölkerung äußerte sich Unmut. Auch München wurde von Freistaat und Regierung von Oberbayern verpflichtet, über 5.000 zusätzliche Bettplätze bereitzustellen, wozu mindestens 20 weitere Containerunterkünfte benötigt würden.

Betroffen sind hierbei vor allem die äußeren Stadtteile Münchens, derzeit insbesondere Johanneskirchen im Nordosten, sowie Allach im Nordwesten der Stadt. In beiden Fällen überraschten die Anwohner mit hohem Engagement und persönlichem Einsatz: es fand eine intensive Vernetzung in der jeweiligen Nachbarschaft statt, Bürgerinitiativen wurden gegründet, es wurde dazu aufgerufen, die Sitzungen der örtlichen Bezirksausschüsse zu besuchen, usw. Die vorgebrachten Argumente gegen die Unterkünfte sind vielfältig, und umfassen bspw. Lärm-, Natur- und Tierschutz, Verkehrsbelastungen, oder auch Grundwasserprobleme. Erstaunlich ist, dass die Anwohner zum großen Teil bislang nicht politisch aktiv waren. Es handelt sich um ganz „normale“ Bürger jeglicher Altersstufen, Männer und Frauen, Jung und Alt.

Zu einem Höhepunkt des Protestes kam es in der Sitzung des Bezirksausschusses 21, Allach-Untermenzing am 18.04.2023. Zunächst veranstaltete die Bürgerinitiative „AllachLiving“ eine Demonstration vor dem Versammlungsgebäude und sammelte dabei Unterschriften für ein geplantes Bürgerbegehren. In der Sitzung äußerten Anwohner dann ihre Bedenken und Fragen zu den geplanten Containerunterkünften. Allerdings waren auch einzelne Migrationsbefürworter anwesend, die in lautstarken Wortbeiträgen die Versammlung störten, die anwesenden Allacher pauschal als „Rassisten“ beschimpften, usw. Eine Störerin wurde nach mehrfacher Ermahnung durch den Sitzungsleiter schlussendlich der Versammlung verwiesen. Finaler Auslöser dazu war der Redebeitrag eines anwesenden AfD-Stadtrats, der in der Sitzung mehrfach zu Mäßigung und Besonnenheit aufgerufen hatte, was offensichtlich nicht im Sinne der Störer war.

Fazit des beteiligten AfD-Stadtrats: „Natürlich sind derartige Auseinandersetzungen für „gewöhnliche“ Leute erstmal ungewohnt und unangenehm. Und doch gilt es, sich nicht von einer kleinen, aber lauten Minderheit verschrecken zu lassen, sondern für die eigenen Anliegen und Rechte einzustehen.“ (DS)

## IMPRESSUM:

Alternative für Deutschland  
 Stadtratsgruppe der AfD  
 im Münchner Stadtrat  
 Marienplatz 8, 80331 München  
 Bürgersprechstunde:  
 jeden Dienstag von 18.30-19.30 Uhr  
 unter der Mobilnummer:  
 01525-6876724

E-Mail:  
[redaktion@muenchenerkurier.de](mailto:redaktion@muenchenerkurier.de)

Facebook:  
[facebook.com/afdmuc](https://www.facebook.com/afdmuc)

Instagram:  
[instagram.com/afd\\_im\\_muenchner\\_stadtrat](https://www.instagram.com/afd_im_muenchner_stadtrat)

Telegram:  
[t.me/afd\\_stadtrat\\_muenchen](https://t.me/afd_stadtrat_muenchen)

Twitter:  
[twitter.com/ASTadtrat](https://twitter.com/ASTadtrat)

TikTok:  
[tiktok.com/@afd\\_muenchen\\_stadtrat](https://www.tiktok.com/@afd_muenchen_stadtrat)



# MÜNCHNER KURIER

Die Alternative für München

[www.muenchenerkurier.de](http://www.muenchenerkurier.de)

# Leben immer teurer - Wozu noch arbeiten?



Die Inflationsrate von 7,1 % aktuell frisst die Nettoeinkommen auf, die die kalte Progression übriggelassen hat. München steht weiterhin auf Platz eins, was die teuersten Mieten in Deutschland angeht und auf Platz zwei bei den Lebenshaltungskosten.

Nach dem Zitterwinter, bei dem mit Pulli und Waschappen Energieeinsparungen mit viel Glück die Energieversorgung aufrechterhalten werden konnte, drohen den Münchnern weitere Entbehrungen.

Die Umsetzung der grünen „Wärmewende“ stellt viele Bürger vor eine unlösbare Aufgabe. Wie der Verein der Haus- und Grundbesitzer auf seiner Jahreshauptversammlung vorrechnete, ist es extrem teuer die Gebäude auf den von der EU und der Bundesregierung geforderten Energiestandard umzurüsten. Die Kosten zur Umrüstung der Heizungen sind drei Mal höher, als der Austausch bisher üblicher Öl- und Gasheizungen. Das sprengt endgültig

das Budget von Eigenheimbesitzern und aber auch den Mietern, auf die die Kosten umgelegt werden müssen. Wie eine Umfrage des Verwalterverbandes VDIV unter 1.600 Wohnungseigentümergeinschaften (WEG) ergab, sind 96 % der WEGs nicht in der Lage, diese notwendigen Kosten zu tragen. Gerade die Münchner werden angesichts des Preisniveaus damit endgültig überfordert. Es steht zu befürchten, dass ohne Stopp dieser rücksichtslosen Gesetze viele der Eigenheimbesitzer ihr Heim verkaufen werden müssen. Die derzeit schon niedrige Eigentumsquote von 27 % in München wird dann noch mehr fallen, so dass anonyme Investoren zugreifen und die Immobilienbestände aufkaufen werden.

Die 73 % der Münchner, die zur Miete wohnen, leiden seit jeher unter den hohen Mietkosten. Diese werden durch die Umbauten noch um weitere 50 % steigen, laut Schätzung des Haus- und Grundbesitzer Vereins. Sofern die Gebäude auf die mit vielen

Risiken verbundenen Wärmepumpen umgerüstet werden, haben die Mieter zudem noch höhere Heizkosten zu befürchten. Die Wärmepumpen benötigen nämlich eine große Menge Strom. Drei Mal so viel, wie bei Betrieb einer Gasheizung bislang anfällt. Auch die Umrüstung aller öffentlichen Gebäude wird eine hohe Summe erfordern, die ebenfalls auf alle Münchner umgelegt werden muss.

Es steht zu befürchten, wenn alle Nachzahlungen für Strom und Heizung eingefordert werden, dass die Anzahl der verschuldeten Personen bis auf 100.000 in München steigen wird. Denn, wie der Sparkassenverband mitteilte, können 60 % sowieso schon nichts mehr zurücklegen. Viele Bürger leben bereits von der Substanz. Hier droht Armut aufgrund der schleichenden Enteignung durch viel zu viele Abgaben.

Wie lange noch lassen sich das die Münchner gefallen? 60 % der Bevölkerung muss inzwischen alles Geld für die unmittelbare Lebensführung, also für Lebensmittel, Wohnen, usw. ausgeben. Nur 10 % haben zusätzlich noch einen finanziellen Spielraum für Urlaub und den kleinen Luxus im Alltag, wie einen Thermenbesuch. Da wird sich mancher fragen, wozu er überhaupt noch arbeiten soll. So unromantisch es auch klingt, aber echte Freiheit wird nach wie vor in Euro gemessen. Und Politiker sollten daran gemessen werden, wie sich der Stand im Geldbeutel der Münchner verändert. (IW)

Wenn Sie den Münchner Kurier unterstützen möchten, dann spenden Sie bitte an den AfD-Bezirksverband Oberbayern ([www.afd-oberbayern.de/spenden](http://www.afd-oberbayern.de/spenden)) und geben Sie im Verwendungszweck unbedingt „Spende Münchner Kurier“ an (ggf. gefolgt von Ihrer Adresse, für die Zuwendungsbescheinigung):

Kreissparkasse München-Starnberg-Ebersberg  
 IBAN: DE37 7025 0150 0029 7905 08  
 BIC: BYLADEM1KMS

## Wenn Deutsche zur Minderheit werden

57 Prozent, so hoch war 2022 der Anteil der Einschulenden an städtischen Schulen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist! Dies geht aus einer Anfrage von Stadtrat Markus Walbrunn an die Stadt München hervor.

Münchens Bevölkerung verändert sich rasant. Fast jeder dritte Einwohner verfügt nicht mehr über die deutsche Staatsbürgerschaft. Ein Höchstwert, der unter Deutschlands Großstädten nur noch vom hessischen Offenbach getoppt wird. Ein Höchstwert, trotz massiver Einbürgerungsbemühungen der Stadt. Letztere hat seit 2014 über 40.000 Personen den Zugang zu einem deutschen Pass ermöglicht. Die Nachfrage ist besonders unter Irakern, Afghanen und Türken, sogar so hoch, dass sich inzwischen ein Rückstau von 10.000 offenen Anträgen angehäuft hat. Durch die Einbürgerungen ist der Anteil von „Deutschen mit Migrationshintergrund“ wiederum enorm gestiegen. Fast jeder Zweite hat in München mittlerweile eine Migrationsgeschichte.

Die Folgen dieser Entwicklung sind drastisch. Viele junge einheimische Familien verlassen die Stadt.

Bereits in sechs Stadtvierteln sind Deutschstämmige zur Minderheit geworden, in fünf weiteren wird es schon bald soweit sein.

Dass Familien ins Umland ziehen, liegt zum einen an den enormen Wohnkosten im Stadtgebiet, aber viele Eltern äußern auch Bedenken daran, ihre Kinder an Schulen zu schicken, an denen sie schon heute nur noch eine Minderheit unter vielen darstellen. Sie befürchten, dass dies den Lernerfolg ihrer Kinder gefährden könnte.

Eine begründete Sorge, wenn es nach Stadtrat Markus Walbrunn geht: „Zahlreiche Studien, die Schilderungen überforderter Lehrer, ja sogar der Präsident des Lehrerverbands, sprechen eine einheitliche und klare Sprache: Schon bei einem Migrationsanteil von nur einem Drittel beginnt die Leistung eines Klassenverbands erheblich zu leiden“, erklärt Walbrunn. Er ergänzt, „ohne eine drastische Begrenzung der Zuwanderung wird sich die Lage weiter verschlimmern. Gerade die maßgeblich betroffenen Städte wie München sind im Interesse

zukünftiger Generationen gerade dazu verpflichtet, auf entsprechende Maßnahmen in Bund und Ländern zu drängen. Wie soll an Schulen mit einem Migrationshintergrund von mehr als 60 Prozent, noch ein geregelter Unterricht stattfinden, wenn ein Großteil der Schüler dem Unterricht kaum folgen kann? Wie will man auch den Kindern von Einwanderern die Unterstützung zukommen lassen, die sie brauchen, um ihren Bildungsweg erfolgreich bestreiten zu können? Wo sollen die ganzen Pädagogen herkommen und wer bezahlt sie?“

Solche Fragen stellen sich mittlerweile nicht nur einheimische Deutsche, sondern auch gut integrierte Familien mit Migrationshintergrund und verlassen ihrer Kinder wegen, überfremdete Stadtviertel. München ist bunt. Offenbar selbst zahlreichen Zuwanderern zu bunt. (Red)

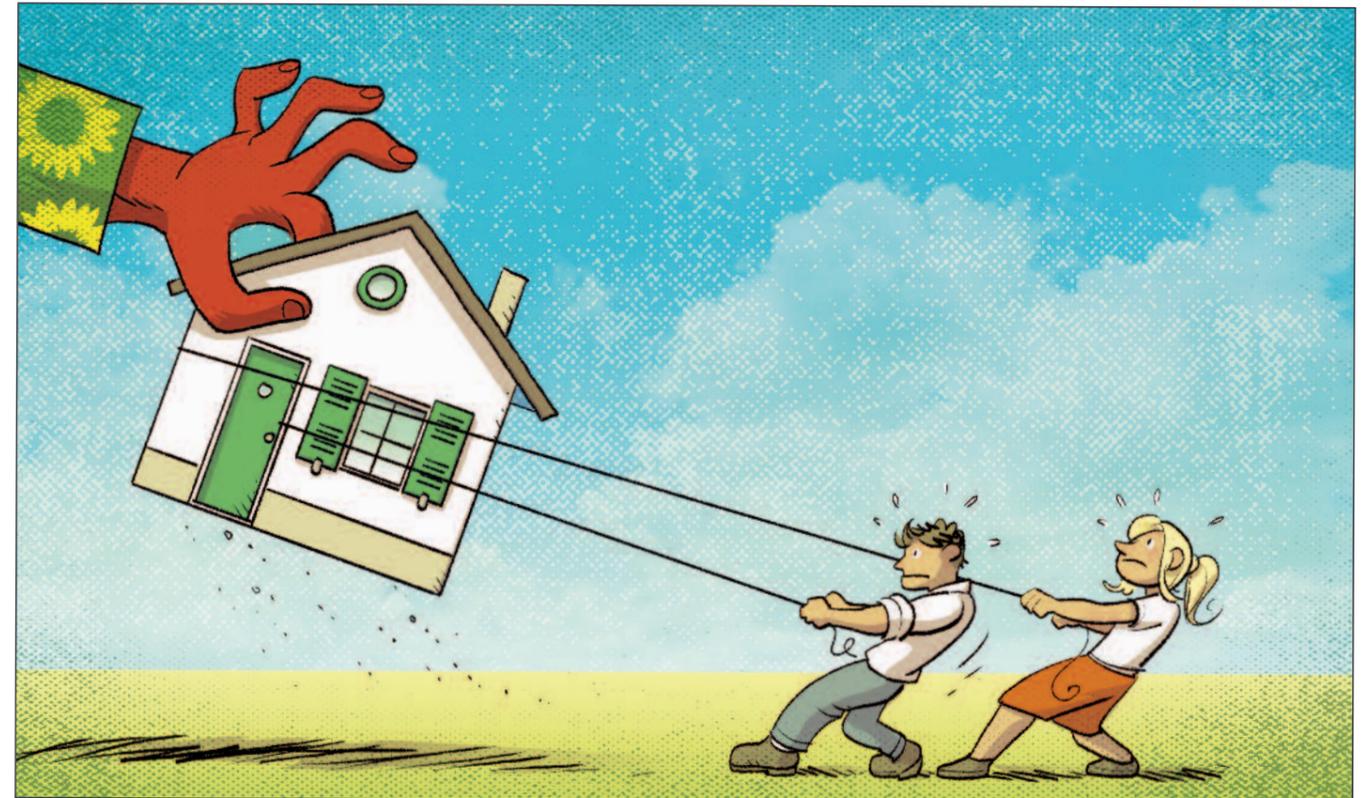


## Medizinischer Notstand

Notfälle, bei denen die Notfallambulanz nicht sofort helfen kann, tauchen immer häufiger in der Zeitung auf. Die Empörung der Münchner ist verständlich, wenn ein Kleinkind mit gebrochenem Bein weggeschickt oder eine 90jährige Seniorin mit akuten Kreislaufschwierigkeiten erst nach Stunden versorgt wird. Dies ist für München ein unzumutbarer Zustand. Leider verschlechtert sich die Lage zusehends, da Kliniken kaputt gespart wurden, das Personal mit Ausnahme der Chefarzte unterbezahlt ist und immer mehr Kapazitäten für die kostenlose Behandlung von Migranten gebunden sind.

In den letzten 30 Jahren wurde ein Drittel der Klinikbetten abgebaut, wobei hier seit 1980 250.000 Einwohner zugezogen sind. Die Abrechnungsmethoden haben bislang den Investitionsbedarf nicht ausreichend berücksichtigt. So sind viele Kliniken oft tief in die roten Zahlen gerutscht, wenn sie modernisieren mussten und manche wurden z. B. von Investoren dann geschlossen. Denn leider dienen Pflegeheime und Kliniken bislang oft als Renditeobjekte für u. a. ausländische Investoren. Ein Unding, denn eigentlich zählt die Krankenversorgung als Pflichtaufgabe der Gemeinden zu den Minimumstandards einer zivilisierten Gesellschaft. Hier sind

in den letzten Jahrzehnten Fehlentwicklungen zugelassen worden, die sich direkt auf die Gesundheit der Bürger, unserer Münchner auswirken. Ca. 35 % der Kliniken sind privatisiert. Wenn diese die Leistungen billiger als die Kommune anbieten, sind auch die öffentlichen Krankenhäuser gezwungen, nachzuziehen. Aber am Ende müssen die Zahlen stimmen und wenn neue gesetzliche Vorgaben Modernisierungen vorschreiben, fehlt oft das finanzielle Polster dafür. Die Stadt München muss daher z. B. die München Kliniken finanziell unterstützen, um diese zu erhalten. Doch auch hier wird gleichzeitig gespart, so dass seit Corona eher eine Stagnation, aber kein Fortschritt bei der Sicherstellung der Grundversorgung zu erkennen ist. Durch den Zuzug von tausender junger Migranten hat sich für München der Ärzteschlüssel verringert. D. h. es gibt nun weniger zugelassene Ärzte bei steigender Einwohnerzahl. Da die Migranten das Hausärztesystem oft nicht kennen, überlasten sie die Notfallambulanzen der Krankenhäuser. Aufgrund der stressigen Situation hat viel ärztliches Personal gekündigt, so dass sich die Situation immer weiter verschärft. Die Stadtratsgruppe arbeitet auf eine grundlegende Verbesserung zugunsten der Münchner hin. (IW)



## Teure Klimaträume

Im Stadtrat findet die Umsetzung des Green Deals mit der Brechstange statt. Dieser wurde auf EU-Ebene beschlossen und die grün-rote Stadtratsmehrheit treibt die Transformation, oft unter Duldung der CSU-„Opposition“, voran.

Solange es um die Erweiterung des Fernwärmenetzes und den Ausbau der Geothermie im Stadtgebiet geht, ist das zu begrüßen. München hat das Glück, dass sich im Untergrund heißes Wasser befindet, das sich oben gut nutzen lässt. Die nächste Geothermieanlage wird gerade in der Liegewiese des Michaelibades gebaut. Leider sind es aber in der überwiegenden Mehrzahl Projekte, die zum einen aus der Vorstellung des „menschengemachten“ Klimawandels heraus begründet werden, die zur Zerstörung von Natur führen und zum anderen die Bürger finanziell stark belasten.

Es geht da u. a. um die millionenschweren Beteiligungen der Stadt über die SWM an deren hundert Tochterunternehmen außerhalb Deutschlands, wo mit Off- und On-Shore-Windanlagen Strom produziert wird. Die negativen Auswirkungen von Windkraftanlagen (tote Insekten und Vögel, gerodete Wälder, optische Verschandelung der Landschaft, Waldbrandgefahr, hohe Herstellungskosten) sind eigentlich bekannt, aber offenbar egal. Erstaunlich auch, dass die SWM mit Strom aus der Region wirbt, was nicht der wahren Herkunft des Stroms entspricht, siehe oben. Die AfD-Stadtratsgruppe hat zu den Themen Ener-

gieüberschuss im Harthof und den Wärmepumpen daher Anfragen unter dem Motto: „Realitätscheck“ gestellt.

Bei dem Projekt ASCEND, das gerade zum Umbau des Stadtviertels Harthof gestartet ist, sollen, wie berichtet, Häuser im Viertel mit Photovoltaik ausgestattet werden, so dass der Harthof mit 11.000 Einwohnern bis 2027 „klimapositiv“ sein soll. Das heißt, dort soll mehr Energie erzeugt werden, als verbraucht wird. Geplant ist, dass für die unterbrechungsfreie Versorgung des Harthofs mit Strom aus Photovoltaik Batteriespeicher vorgesehen sind. Berechnungen haben Folgendes ergeben: die nötigen Batterien würden sehr viel Platz im Harthof einnehmen, Grünflächen fielen weg. Die Speicher allein würden drei Milliarden (!) Euro kosten. Würden die Baukosten auf die Mieter umgelegt, dann kann eine Kilowattstunde Strom bis zu 8,52 EUR kosten (aktuell durchschnittlich ca. 0,30 EUR).

Erhebliches Echo fand das Gebäudeenergiegesetz der Bundesregierung das langfristig auf ein Verbot von Öl- und Gasheizungen hinaus will. Da zwei Drittel der Münchner Eigenheimbesitzer betroffen sind, wurden bereits Alternativen untersucht. Eine Möglichkeit auszuweichen sind angeblich Wärmepumpen.

Hier stellte sich aber gerade heraus, dass das für den Betrieb von Erdwärmepumpen benötigte Grundwas-

ser an manchen Orten in München derartig abgesunken ist, dass zahlreiche installierte Geräte nicht mehr funktionieren. Hinzu kommt die grundsätzliche Stromknappheit, mit der man dank Abschaltung der Atomkraftwerke wieder verstärkt im nächsten Winter zu rechnen hat. Außerdem kommt noch hinzu, dass nun offenbar ein in Wärmepumpen verwendetes Kältemittel auch ein „Klimaschädling“ ist und daher durch leicht entzündliches Propan ersetzt werden soll.

Bei all diesen Projekten scheint unberücksichtigt zu bleiben, dass das Fachpersonal und das Material fehlt und dass sich kaum ein Münchner den Umbau leisten kann. Viele Häuser werden beim Verkauf nun billiger, da die Käufer die Umbaukosten miteinpreisen. So droht sich das über Jahrzehnte mühsam ersparte Häuschen am Ende in Luft aufzulösen. Ob eine derartige indirekte Enteignung im Namen des Klimawandels mit dem Grundgesetz übereinstimmt, wird irgendwann das Bundesverfassungsgericht entscheiden. Die Bedürfnisse der Bürger sollten aber immer der Ausgangspunkt aller Überlegungen sein und wenn der Plan den Bürgern schadet, muss nach anderen alternativen Lösungen gesucht werden. Eine faktische Enteignung über die Heizanlage kommt für die AfD-Stadtratsgruppe keinesfalls in Frage. Leistung muss belohnt und nicht Utopien geopfert werden. (IW)